

Ortsbeirat Allendorf

Geschäftsstelle Ortsbeiräte
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1075
Telefax: 0641 306-2700
E-Mail: ortsbeiraete@giessen.de

Datum: 18.08.2011

Niederschrift

zur 3. Sitzung des Ortsbeirates Allendorf
am Dienstag, dem 09.08.2011,
im Sitzungszimmer der Verwaltungsstelle, Mehrzweckhalle,
Untergasse 34, 35398 Gießen-Allendorf.
Sitzungsdauer: 20:00 - 20:55 Uhr

Anwesend:

Teilnehmer/-innen:

Herr Thomas Euler	SPD	Ortsvorsteher
Herr Tobias Blöcher	SPD	
Frau Beate Karl	SPD	
Herr Hans Wagner	SPD	
Herr Prof. Dr. Franz-Josef Bockisch	CDU	
Herr Dr. Georg Diefenbach	CDU	
Herr Manfred Becker	FW	
Herr Dr. Wolfgang Niessner	FW	
Herr Volker Arnold	Bündnis 90/Die Grünen	

Vom Magistrat:

Herr Wolfgang Sahmland SPD

Für die Geschäftsstelle der Ortsbeiräte:

Frau Andrea Allamode

Stellv. Schriftführerin

Ortsvorsteher Euler eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ortsbeirat beschlussfähig ist. Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Ortsvorsteher Euler merkt an, dass Herr Dr. Niessner von der FW-Fraktion einen Antrag zum Thema *Geschwindigkeitsbegrenzung am „Alten Trieb“* nach Ablauf der Abgabefrist für Anträge eingereicht habe. Er schlägt vor, diesen Antrag als Dringlichkeitsantrag auf die

Tagesordnung der heutigen Sitzung zu nehmen. Gegen diesen Verfahrensvorschlag erhebt sich kein Widerspruch. Der Antrag wird als „neuer“ TOP 13 behandelt.

Nachdem keine weiteren Änderungswünsche vorgebracht werden, stellt **Vorsitzender** fest, die Tagesordnung in der geänderten Form beschlossen ist.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Genehmigung der Niederschriften der 1. Sitzung am 10.05.2011 und 2. Sitzung am 14.06.2011
3. Aussprache über die erfolgte Besichtigung
4. Baumbestattungen auf dem Allendorfer Friedhof OBR/0240/2011
- Antrag der SPD-Fraktion vom 05.06.2011 -
5. Neue Zusammensetzung der Arbeitsgruppe für die Rundwegkonzeption OBR/0242/2011
- Antrag der SPD-Fraktion vom 28.06.2011 -
6. Entschärfung der gefährlichen Einmündung K21 / L3451 OBR/0243/2011
- Antrag der SPD-Fraktion vom 10.07.2011 -
7. Erhalt der Postagentur im näheren Umfeld OBR/0244/2011
- Antrag der SPD-Fraktion vom 18.07.2011 -
8. Straßenbeleuchtung - Energieeffiziente OBR/0245/2011
Einsparmöglichkeiten
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.07.2011 -
9. Verbindungsweg Ehrsamer Weg - Am Gallichten - OBR/0246/2011
Kleinlindener Straße
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.07.2011 -
10. Prüfung und ggf. Veranlassung, auf dem Friedhof in OBR/0250/2011
Gießen-Allendorf die Wasserzapfstelle an der
Friedhofshalle mit einer Abstellmöglichkeit für Gießkannen
(für die Befüllung) auszustatten
- Antrag der CDU-Fraktion vom 30.07.2011 -

11. Prüfung und ggf. verbesserte Pflege der Baumbeete in der Hüttenberg-/Friedhofs-Kleebachstraße OBR/0251/2011
- Antrag der CDU-Fraktion vom 30.07.2011 -
12. Prüfung und ggf. Veranlassung, die Gefahrenstelle auf dem Gehweg "Am Gallichten" zu beseitigen OBR/0252/2011
- Antrag der CDU-Fraktion vom 30.07.2011 -
13. Geschwindigkeitsbegrenzung am "Alten Trieb"
- Dringlichkeitsantrag der FW-Fraktion vom 31.07.2011 -
14. Mitteilungen und Anfragen
15. Bürgerfragestunde

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung

Wurde zu Beginn der Sitzung abgehandelt.

2. Genehmigung der Niederschriften der 1. Sitzung am 10.05.2011 und 2. Sitzung am 14.06.2011

Die Niederschrift der 1. Sitzung vom 10.05.2011 wird einstimmig genehmigt.

Die Niederschrift der 2. Sitzung vom 14.06.2011 wird einstimmig genehmigt (Ja: 3 SPD/CDU/FW/GR; StE: 1 SPD).

3. Aussprache über die erfolgte Besichtigung

Ortsvorsteher Euler fasst kurz das Ergebnis der erfolgten Begehung des Friedhofes zusammen und gibt folgende Punkte zu Protokoll:

- Es wurde festgestellt, dass die Außenlautsprecheranlage nicht einwandfrei funktioniert. Die Friedhofsverwaltung habe erklärt, dass es sich um ein technisches Problem (Einstellung) handeln könnte; sie werde sich des Problems annehmen.

- Es wird darum gebeten, dass auch auf dem neuen Teil des Friedhofs eine Hecken- oder Buschbepflanzung als Sichtschutz vorgesehen wird.

4. Baumbestattungen auf dem Allendorfer Friedhof - Antrag der SPD-Fraktion vom 05.06.2011 -

OBR/0240/2011

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten,

1. die Möglichkeit der Baumbestattungen (auch auf den Vorort-Friedhöfen) intensiver bekannt zu machen, und
2. auf dem Friedhof in Allendorf/Lahn, insbesondere im neuen Teil, weitere Bäume zu pflanzen, um die Möglichkeit der Baumbestattungen intensivieren zu können.“

Begründung:

Die neue Friedhofsgebührensatzung lässt grundsätzlich Baumbestattungen zu. Dies gilt nicht nur für den Neuen Friedhof der Kernstadt, sondern auch für die Friedhöfe in den Stadtteilen. Diese Möglichkeit ist in der Bevölkerung jedoch kaum bekannt.

Der vorhandene Baumbestand auf dem Allendorfer Friedhof ist nur bedingt für Baumbestattungen geeignet. Die neue Friedhofsfläche hingegen ist in diesem Sinne ausbaufähig.

Herr Wagner, SPD-Fraktion, trägt den Antrag vor.

Ortsvorsteher Euler stellt fest, dass die SPD-Fraktion ihren Antrag aufgrund der erfolgten Begehung und der Aussprache, an der sich Herr Prof. Dr. Bockisch, Herr Dr. Niessner und Herr Wagner beteiligen, **wie folgt ändert:**

„Der Magistrat wird gebeten,

1. die Möglichkeit der Baumbestattungen (auch auf den Vorort-Friedhöfen) intensiver bekannt zu machen (**über Auslage eines entsprechenden Flyers in der Verwaltungsstelle und Bekanntmachung im Internet**) und
2. auf dem Friedhof in Allendorf/Lahn, insbesondere im neuen Teil (**unterer Teil**) weitere Bäume (**vorwiegend Buchen und Eichen**) zu pflanzen, um die Möglichkeit der Baumbestattungen intensivieren zu können. **Bestattungsmöglichkeiten auf dem alten Friedhof sollten dadurch nicht ausgeschlossen werden.**
3. **Um die Zugänglichkeit dieses Bereiches zu verbessern**, sollen Wege mit einer wassergebundenen Decke angelegt werden.“

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig beschlossen.

5. **Neue Zusammensetzung der Arbeitsgruppe für die Rundwegkonzeption**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 28.06.2011 -

OBR/0242/2011

Antrag:

„Die in der Sitzung des Ortsbeirates am 5. September 2006 gebildete Arbeitsgruppe zur Entwicklung des Konzeptes für einen Rundweg um Allendorf/Lahn soll alsbald ihre Arbeit aufnehmen und nunmehr aus folgenden Mitgliedern bestehen:

- Ortsvorsteher Thomas Euler
- Stv. Ortsvorsteher Prof. Dr. Franz Bockisch
- Ortsbeiratsmitglied Volker Arnold (Bündnis 90/Die Grünen)
- Ortsbeiratsmitglied Dr. Wolfgang Niessner (FW)
- Denkmalexperte Manfred Blechschmidt
- Ortslandwirt Dr. Gerold Kutscher
- als Vertreter der Vereinsgemeinschaft Allendorf/Lahn.

Der Magistrat wird gebeten, über sein Vermessungsamt die Arbeit der Arbeitsgruppe ‚Rundwegkonzept Allendorf/Lahn‘ zu unterstützen.“

Begründung:

In seiner Sitzung am 5. September 2006 hat der Ortsbeirat die Bildung der o.g. Arbeitsgruppe „Rundwegkonzept Allendorf/Lahn“ beschlossen. Diese Arbeitsgruppe konnte aber bislang ihre Arbeit deshalb nicht aufnehmen, weil

1. der Landkreis Gießen mit seiner Wegeplanung über das ehemalige Deponiegelände noch nicht so weit war und
2. wichtige Wege für den notwendigen Lückenschluss noch nicht ausreichend befestigt waren.

Die Arbeitsgruppe „Unser (Allen-)Dorf hat Zukunft“ hatte aber im Jahr 2009 dieses Projekt aufgegriffen und erste Vorüberlegungen auf einer Projekttafel zusammengefasst. Nun sind die betroffenen Feldwege (vor allem der Dutenhofener Weg) saniert und die Wegeplanung für das ehemalige Deponiegelände ist beim Landkreis Gießen für Ende 2011 eingeplant. Jetzt kann die Arbeitsgruppe ihre Arbeit aufnehmen.

Der Antrag wird von **Herrn Blöcher** vorgetragen.

Er ändert für die SPD-Fraktion den Antrag dahingehend, dass auch die Kleebachschule jemanden als Vertreter/-in in die Arbeitsgruppe entsenden solle.

Der geänderte Antrag lautet somit wie folgt:

„Die in der Sitzung des Ortsbeirates am 5. September 2006 gebildete Arbeitsgruppe zur Entwicklung des Konzeptes für einen Rundweg um Allendorf/Lahn soll alsbald ihre Arbeit aufnehmen und nunmehr aus folgenden Mitgliedern bestehen:

- Ortsvorsteher Thomas Euler
- Stv. Ortsvorsteher Prof. Dr. Franz Bockisch
- Ortsbeiratsmitglied Volker Arnold (Bündnis 90/Die Grünen)

- Ortsbeiratsmitglied Dr. Wolfgang Niessner (FW)
- Denkmalexperte Manfred Blechschmidt
- Ortslandwirt Dr. Gerold Kutscher
- als Vertreter der Vereinsgemeinschaft Allendorf/Lahn
und
- **als Vertreter/-in der Kleebachschule.**

Der Magistrat wird gebeten, über sein Vermessungsamt die Arbeit der Arbeitsgruppe ‚Rundwegekonzept Allendorf/Lahn‘ zu unterstützen.“

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig beschlossen.

6. Entschärfung der gefährlichen Einmündung K21 / L3451 OBR/0243/2011
- Antrag der SPD-Fraktion vom 10.07.2011 -

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten, beim Amt für Straßen- und Verkehrswesen in Schotten darauf hinzuwirken, dass die Einmündung der Kreisstraße K 21 (Kleebachstraße) in die Landesstraße L 3451 (Wetzlarer Straße) wie folgt entschärft wird:

1. Verlängerung bzw. Verbreiterung der vorhandenen Einfädelungsspur von der L 3451 (von Dutenhofen her) in die K 21
2. Schaffung einer Einfädelungsspur von der K 21 in die L 3451 (nach rechts – Kleinlinden und Heuchelheim)
3. Schaffung einer Querungsmöglichkeit für Fußgänger und Radfahrer (evtl. bei der Einmündung der Hoppensteinstraße in die L 3451).“

Begründung:

Die beschriebene Einmündung ist sehr unübersichtlich. Von Dutenhofen her ist eine zwar eine zu kurze bzw. zu schmale Einfädelungsspur für Rechtsabbieger nach Allendorf/Lahn vorhanden, das Gegenstück von Allendorf/Lahn nach Heuchelheim/Kleinlinden fehlt aber. Hier ist es schon häufig zu Unfällen gekommen, zuletzt Ende Juni 2011. Auch ist die Querung für Fußgänger und Radfahrer an dieser Stelle sehr gefährlich. Die Landesstraße wird dort aber häufig gequert um in das Industriegebiet Dutenhofen-Ost (Handelshof usw.), über den „Eisernen Steg“ zum Dutenhofener See oder zum überregionalen Radweg R 7 zu gelangen. Man könnte den vorhandenen Rad- und Gehweg zum Industriegebiet Dutenhofen-Ost bzw. zum „Eisernen Steg“ bis zur Einmündung der Hoppensteinstraße in die L 34 51 verlängern und dort eine Querung schaffen.

Herr Wagner trägt den Antrag für die SPD-Fraktion vor.

Ortsvorsteher Euler regt an, **Ziffer 3 des Antrages wie folgt zu ändern:**

3. *Schaffung einer Querungsmöglichkeit für Fußgänger und Radfahrer (evtl. bei der **westl.** Einmündung der Hoppensteinstraße in die L 3451).*“

Die Änderung wird von der SPD-Fraktion übernommen.

Beratungsergebnis: Der so geänderte Antrag wird einstimmig beschlossen.

**7. Erhalt der Postagentur im näheren Umfeld OBR/0244/2011
- Antrag der SPD-Fraktion vom 18.07.2011 -**

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten, in Verhandlungen mit der Deutschen Post AG (und gegebenenfalls mit dem REWE-Markt in Gießen-Kleinlinden) zur Erreichung zu erreichen, dass in den Gießener Stadtteilen Allendorf/Lahn, Kleinlinden und Lützellinden beziehungsweise im näheren mit dem Stadtbus erreichbaren Umfeld mindestens eine Postagentur erhalten bleibt.“

Begründung:

Die derzeit vorhandene Postagentur im REWE-Markt in Gießen-Kleinlinden (Heerweg) deckt eine Einwohnerschaft von ca. 10.000 Einwohner/innen ab. Sie wird in erster Linie von den Kundinnen und Kunden aus den Gießener Stadtteilen Allendorf/Lahn, Kleinlinden und Lützellinden genutzt.

Mit Schreiben vom 7. Juni 2011 an die Kleinlindener Ortsbeiratsmitglieder teilte nun der Betreiber des Kleinlindener REWE-Marktes mit, dass er den Betrieb der dortigen Postagentur zum 31. Oktober 2011 aufgrund mangelnder Rentabilität einstellen wird. Dies ist aufgrund des oben geschilderten Einzugsbereiches nicht tragbar, zumal dort derzeit ein Neubaugebiet entsteht und in Kürze ein weiteres Neubaugebiet entstehen wird. Man sollte sich daran erinnern, dass einst in allen der genannten Stadtteilen Postämter vorhanden waren.

Frau Karl, SPD-Fraktion, trägt den Antrag vor.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**8. Straßenbeleuchtung - Energieeffiziente OBR/0245/2011
Einsparmöglichkeiten
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
26.07.2011 -**

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten, Auskunft darüber zu geben wieweit die Planungen zur Erneuerung der Straßenbeleuchtung in Allendorf vorangeschritten sind. Gibt es Überlegungen bis zum Zeitpunkt 2015, zu diesem Zeitpunkt müssen die HME (Quecksilberdampf) und HES (Natriumdampf) Lampen sukzessiv ausgetauscht sein (EU-EuP-Richtlinie 2005/32/EG), in der Richtung Einsparmöglichkeiten mit den Modellen:

Ausschalten von jeder 2. Lampe bei unnötigen Straßenbeleuchtungen im Stadtbereich, Industriegebieten, öffentlichen Plätzen oder Nebenstraßen (von 0:00 bis 4:00 Uhr*) oder Reduzierung der Energiezufuhr für die Lampen um 30% (Verringerung der Leuchtkraft)?“

*Natürlich nur da wo es Sinn macht und der Straßen- und Fußgängerverkehr nicht gefährdet wird.

Begründung:

Exkurs:

(Quelle: Klimawandel und Kommune-Niedersachsen, 2010)

Die Vorgaben für den Energieverbrauch von Leuchtmitteln werden in den nächsten Jahren schrittweise verschärft. Mit der am 17.02.2009 im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments geführten Aussprache zum „Glühbirnenverbot“ in Europa, steht dem Inkrafttreten der neuen EG-Verordnung im März 2009 nichts mehr im Wege. Mit dem Erlass der Durchführungsrichtlinie wird die „Ökodesign-Richtlinie“ der EU und das deutsche Energieproduktegesetz (EPBG) vom 07.03.2008 in Bezug auf die Straßenbeleuchtung und Haushaltsbeleuchtung rechtswirksam. Für die Kommunen hat die Richtlinie somit unmittelbare Auswirkungen.

Entsprechend des Entwurfs werden Leuchten mit ineffizienter Technik „ausgephast“, das bedeutet, dass die betroffenen Produktgruppen innerhalb der EU nicht mehr auf den Markt gebracht werden dürfen. Die ausgephasteten Leuchtmittel können zwar bis zum Ende ihrer Lebensdauer verwendet werden, sie erhalten jedoch kein CE Zeichen mehr, so dass der Handel und die Inbetriebnahme entsprechend nicht mehr zulässig sind. Die Richtlinie wendet sich an die Hersteller der Leuchtmittel, die die Einhaltung der neuen Mindestanforderungen nachweisen müssen. Betroffen ist nur das erstmalige In-Verkehr-Bringen. Der Großhandel darf Lagerbestände weiterhin abverkaufen. Die neue EG-Verordnung legt neue Anforderungen für „Leuchtstofflampen“, „Hochdruckentladungslampen“ sowie „Entladungslampen“ einschließlich der hierzu gehörenden Technik (etwa Vorschaltgeräte) fest. Die neuen EU-Anforderungen bedeuten beispielsweise ab 2010 das Aus für die noch weit verbreiteten Leuchtstofflampen T8 Halophosphat. Diese Leuchtmittel werden im Handel nicht mehr erhältlich sein. Für die Leuchtstofflampen T12, Natriumdampflampen (HPS) und Halogenmetallampflampen, werden ab 2012 neue Grenzwerte festgesetzt. Ab 2015 geht es auch den Quecksilberdampflampen (HPM) und den Natriumdampfhochdruck-Plug-in/Retrofit-Lampen an den Kragen. Im Handel sind dann nur noch Leuchtmittel erhältlich, die die vorgegebenen Grenzwerte einhalten. In den Kommunen ergeben sich nachhaltige Einsparmöglichkeiten bei dem Einsatz von innovativen Lösungen für öffentliche Beleuchtungen bei denen Stromkosten bis zu 20% und mehr eingespart werden kann.

Außer der Möglichkeit jede 2. Lampe auszuschalten gibt es auch Varianten mit der Verwendung von Dämmerungsschaltern sowie bei zweilampigen Leuchten auf einlampigen Betrieb umzuschalten.

Durch energieeffiziente Straßenbeleuchtung kann erreicht werden dass durch die Installation von neuen, modernen und zuverlässigen Technologien geringere Betriebskosten entstehen und ein praktischer Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz geleistet wird.

Herr Arnold, Bündnis 90/Die Grünen, trägt den Antrag vor.

An der kurzen Aussprache beteiligen sich Herr Dr. Niessner und Herr Arnold.

Stadtrat Sahmland merkt an, dass es zu diesem Thema in der Stadtverordnetenversammlung eine Anfrage der SPD-Fraktion gegeben habe, die auch vom Magistrat beantwortet worden sei.

Ortsvorsteher Euler bittet, dass diese Antwort der Niederschrift als Anlage beigefügt werde.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

9. Verbindungsweg Ehrsammer Weg - Am Gallichten - Kleinlindener Straße **OBR/0246/2011**
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.07.2011 -

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, auf dem obengenannten Verbindungsweg, der auch den Spielplatz ‚Am Gallichten‘ bedient, die Bordsteine abgesenkt und die Umlaufsperrn entfernt oder regelgerecht ausgebaut werden.“

Begründung:

In dem in den siebziger und achtziger Jahren aufgesiedelten Neubaugebiet gibt es inzwischen viele ältere Menschen, die sich mit Hilfe von Rollatoren fortbewegen, zum Beispiel auch zur Bushaltestelle. Die Bordsteine auf diesem Weg sind sehr hoch und stellen für die Rollatoren ein starkes Hindernis dar, so dass man immer wieder ältere Menschen sieht, die sich dort abmühen. Eine Absenkung könnte hier Abhilfe schaffen und bringen eine große Erleichterung. Sie würde auch jungen Eltern dienen, die den Weg mit Kinderwagen nutzen, und so insgesamt Barrieren abbauen.

Dabei sollten auch die Umlaufsperrn abgebaut oder verbessert werden. Sie entsprechen nicht den straßenverkehrsrechtlichen Regelwerken - Empfehlungen für Fußgängerverkehrsanlagen - (EFV) und stellen dadurch zusätzliche Barrieren dar.

Herr Arnold, Bündnis 90/Die Grünen, trägt den Antrag vor.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

10. **Prüfung und ggf. Veranlassung, auf dem Friedhof in Gießen-Allendorf die Wasserzapfstelle an der Friedhofshalle mit einer Abstellmöglichkeit für Gießkannen (für die Befüllung) auszustatten** **OBR/0250/2011**
- Antrag der CDU-Fraktion vom 30.07.2011 -
-

Antrag:

„Der Ortsbeirat Gießen-Allendorf möge beschließen, dass die Stadt Gießen veranlassen soll, dass auf dem Friedhof in Gießen-Allendorf die Wasserzapfstelle an der Friedhofshalle mit einer Abstellmöglichkeit für Gießkannen ausgestattet werden soll.“

Begründung:

Bei der Wasserzapfstelle an der Friedhofshalle müssen die Gießkannen während des Befüllvorgangs hoch gehalten werden. Dies ist allerdings für viele Bürger - vor allem ältere Mitbürger - problematisch.

Eis wäre daher wünschenswert, wenn möglichst umgehend die Wasserzapfstelle mit einer Abstellmöglichkeit für den Befüllvorgang versehen wird.

Eine weitere Begründung erfolgt bei Bedarf in der nächsten OBR-Sitzung mündlich.

Herr Prof. Dr. Bockisch trägt für die CDU-Fraktion den Antrag vor.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

11. **Prüfung und ggf. verbesserte Pflege der Baumbeete in der Hüttenberg-/Friedhofs-Kleebachstraße** **OBR/0251/2011**
- Antrag der CDU-Fraktion vom 30.07.2011 -
-

Antrag:

„Der Ortsbeirat Gießen-Allendorf möge beschließen, dass die Stadt Gießen veranlassen soll, dass die Baumbeete an der Hüttenberg-/Friedhof-Kleebachstraße besser gepflegt werden.“

Begründung:

Die Baumbeete sind überwiegend sehr verunkrautet, ungepflegt und teilweise fehlen die „Sicherungspfosten“ an den Baumbeeten. Da diese Straßen auch Durchgangsstraßen sind, kann bei vielen Passanten ein schlechter Eindruck vom Ortsteil Allendorf bestehen bleiben; auch ist es für viele Bewohner Allendorf kein schöner Anblick. Zudem würde eine solche Maßnahme zu einem ansprechenderen Ortsbild beitragen.

Dies gilt auch für einige Baumbeete in der Ober- und Untergasse, ins besondere im Vergleich zu den gut gepflegten Beeten durch Patenschaften. Eine weitere Begründung erfolgt in der nächsten OBR-Sitzung bei Bedarf mündlich.

Herr Prof. Dr. Bockisch, CDU-Fraktion, trägt den Antrag vor.

An der Aussprache beteiligen sich Herr Wagner, Frau Karl, Herr Prof. Dr. Bockisch und Ortsvorsteher Euler.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

12. Prüfung und ggf. Veranlassung, die Gefahrenstelle auf dem Gehweg "Am Gallichten" zu beseitigen - Antrag der CDU-Fraktion vom 30.07.2011 - **OBR/0252/2011**

Antrag:

„Der Ortsbeirat Gießen-Allendorf möge beschließen, dass die Stadt Gießen veranlassen soll, dass die Gefahrenstelle auf dem Gehweg 'Am Gallichten' (direkt neben dem Kinderspielplatz) entfernt werden soll.“

Begründung:

Auf dem Gehweg „Am Gallichten“ direkt neben dem Kinderspielplatz ist eine sehr gefährliche Anhebung der Gehwegplatten vorhanden, die sich bis auf eine teilweise Anhebung der Gefahrendecke fortsetzt.

Die Gefahrenstelle sollte möglichst umgehend beseitigt werden.

Eine weitere Begründung erfolgt bei Bedarf in der nächsten OBR-Sitzung mündlich.

Für die CDU-Fraktion trägt Herr Prof. Dr. Bockisch den Antrag vor.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

13. Geschwindigkeitsbegrenzung am "Alten Trieb" - Dringlichkeitsantrag der FW-Fraktion vom 31.07.2011 -

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten dafür Sorge zu tragen, dass auf der Zufahrt zum Ortsteil Allendorf über den ‚Alten Trieb‘ aus Gründen der Verkehrssicherheit die Geschwindigkeit angemessen begrenzt wird.

Des Weiteren sollte das Buschwerk links und rechts an der Straße zurückgeschnitten werden, um die Sicht für die Verkehrsteilnehmer zu verbessern.

Begründung:

Die seit Jahren bestehende Zufahrt zum Ortsteil Gießen-Allendorf wird in letzter Zeit immer häufiger genutzt und mit überhöhter Geschwindigkeit befahren, so dass es zu gefährlichen Situationen kommt. Zwischenzeitlich ist das Busch- und Baumwerk auf einer nicht einsehbaren Kurve beidseitig stark in die Straße hineingewachsen. Die Sichtmöglichkeiten werden dadurch zusätzlich eingeschränkt. Hieraus resultieren Gefährdungen für die Verkehrsteilnehmer, bei denen es sich neben PKW's auch um Radfahrer und Fußgänger handelt.

Herr Dr. Niessner trägt den Antrag für die FW-Fraktion vor.

Ortsvorsteher Euler erläutert kurz die Historie dieser Straße.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

14. Mitteilungen und Anfragen

14.1. Diskontinuitätsgrundsatz

Betreffend eines Schreibens der Verwaltung - eingegangen am 04.07.2011 - zum Thema „Automatische Übermittlung des Pegelstandes“ erklärt **Ortsvorsteher Euler** zu Protokoll: *„Es ist nicht so, wie manche Verwaltungsmitarbeiter meinen, dass mit dem Ende einer Legislaturperiode und dem damit verbundenen „Diskontinuitätsgrundsatz“ beschlossene Anträge erledigt sind. Der Diskontinuitätsgrundsatz sagt, dass Anträge, die bis zum Ablauf der Legislaturperiode (31. März) nicht behandelt oder nicht beschlossen wurden, erledigt sind. Aber gefasste Beschlüsse sind zu erledigen. Das bedeutet auch für die Ortsbeiräte, die nur eine beratende Funktion haben, dass diese Anträge von der Verwaltung beantwortet werden müssen. In diesem Zusammenhang stehen noch einige Antworten aus.“*

14.2. Baugebiet Allendorf-Nord

Ortsvorsteher Euler erinnert an den vor ca. einem Jahr gefassten Aufstellungsbeschluss für das Baugebiet Allendorf-Nord. Auf Nachfrage habe ihm Bürgermeisterin Weigel-Greilich bestätigt, dass im Moment die Anhörung der Träger öffentlicher Belange stattfindet und im Herbst im Rahmen einer Ortsbeiratssitzung das Projekt vorgestellt werde.

14.3. Boule-Turnier

Ortsvorsteher Euler erinnert an das am Samstag in Allendorf stattfindende Boule-Turnier.

14.4. Fehlender Tagesordnungspunkt "Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen"

Herr Becker, FW-Fraktion, äußert seine Verwunderung darüber, dass es keinen Tagesordnungspunkt „Ergebniskontrolle“ gibt. Er vertritt die Auffassung, dass diese erhalten bleiben müssen, um weiterhin überschauen zu können, welche Anfragen und Beschlüsse des Ortsbeirates seitens der Stadt beantwortet wurden und welche noch offen seien.

Ortsvorsteher Euler entgegnet, wenn dieser TOP für die künftige Tagesordnung gewünscht werde, müsse ein entsprechender Antrag für die nächste Sitzung formuliert und eingereicht werden. Im Übrigen sollte dann auch jede Fraktion selbst ermitteln, welcher Antrag noch nicht erledigt ist und es nicht dem Ortsvorsteher überlassen, dass dieser zwei Stunden vor der Sitzung die Lage analysiert.

15. Bürgerfragestunde

Es wird nichts vorgebracht.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

Die nächste Sitzung des Ortsbeirates findet am **15.11.2011, um 20:00 Uhr** statt.

Antragsschluss beim Ortsvorsteher ist Sonntag, 06. November 2011, 08:00 Uhr.

DER VORSITZENDE:

DIE STELV. SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) Euler

(gez.) Allamode